

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
192 · Ausgabe BL·BS · Januar 2021

SP



Kinderbetreuung für alle

IM VERGANGENEN JAHR HAT DIE SP BASELSTADT DAZU AUFGEFORDERT, IDEEN FÜR EINE KANTONALE VOLKSINITIATIVE EINZUGEBEN. FÜNF DIESER VORSCHLÄGE HAT DIE GESCHÄFTSLEITUNG AUFGENOMMEN UND DIE BASELBIETER BEVÖLKERUNG DANN DARÜBER ABSTIMMEN LASSEN, WELCHE FORDERUNG INHALT EINER INITIATIVE WERDEN SOLL. DIE FORDERUNG «KINDERBETREUUNG FÜR ALLE» ERHIELT AM MEISTEN STIMMEN.

Der Kern dieser Initiative ist die Forderung, dass Kanton und Gemeinden eine kostenlose, bedarfsgerechte, qualitativ gute Kinderbetreuung sicherstellen müssen. Die Qualität und die Arbeitsbedingungen müssen kontrolliert werden.

Weshalb die Forderung nach einer kostenlosen Kinderbetreuung? Kinderbetreuung ist Teil der Bildung und muss für alle zugänglich sein. Es kann nicht sein, dass ein Elternteil keiner Erwerbstätigkeit nachgehen kann, weil sich die Familie die Betreuung der Kinder nicht leisten kann. Es darf auch nicht sein, dass Grosseltern die Betreuung übernehmen und damit ihre eigenen Lebenswünsche zurückstellen müssen.

Die kostenlose familienergänzende Kinderbetreuung erlaubt, sich in der Familie je nach Bedarf und Bedürfnis zu organisieren.

Heute liegt viel Fachwissen brach, weil sich nicht selten gut ausgebildete Frauen entscheiden, der Familie

wegen auf eine Karriere zu verzichten oder nur noch mit einem kleinen Pensum erwerbstätig zu sein. Auch wenn sich Väter und Mütter die Erwerbs- und Familienarbeit teilen, können sie nicht auf eine ergänzende Kinderbetreuung verzichten. Nur selten lassen sich Arbeitspensen so vereinbaren, dass jeweils ein Elternteil zu Hause bleiben kann.

Die kostenlose Kinderbetreuung trägt aber auch zur Chancengerechtigkeit bei. Gut betreute Kinder werden in ihrer emotionalen und sozialen Entwicklung gestärkt. Eine gute Kinderbetreuung wirkt präventiv und integrativ und bietet ein niederschwelliges Bildungsangebot. Davon profitieren nicht nur die einzelnen Kinder und Familien, sondern letztlich die ganze Gesellschaft. Chancengerechtigkeit bewirkt eine gute Sozialisierung und fördert den Bildungserfolg. Die Investition in die frühe Kindheit reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass diese Kinder



Regula Meschberger,
SP Birsfelden

später als Erwachsene Probleme haben und machen. Zudem wird es dank besserer Bildungschancen mehr gut ausgebildete Berufsleute geben, was der Gesellschaft und der Wirtschaft zugute kommt.

Familienergänzende Betreuung ist Teil des Service public. Die Finanzierung muss durch öffentliche Mittel erfolgen. Durch die vermehrte Erwerbstätigkeit werden zusätzliche Steuereinnahmen generiert werden.

Die Initiative verlangt, dass Kanton und Gemeinden die Qualität sicherstellen und für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Das ist eine wichtige Voraussetzung, damit Eltern sicher sein können, dass ihre Kinder gut betreut werden. Zudem muss die Betreuungsarbeit ihrer Wichtigkeit entsprechend geschätzt werden, indem für gute Rahmenbedingungen gesorgt wird.

Die kostenlose familienergänzende Kinderbetreuung erlaubt, sich in der Familie je nach Bedarf und Bedürfnis zu organisieren.

Arbeitsbedingungen auf den Baustellen

Die Löhne der Bauarbeiterinnen und -arbeiter stehen in der Schweiz unter Druck. Sie werden daher im Rahmen der «Flankierenden Massnahmen» besonders kontrolliert. Doch das Ziel der guten Arbeitsbedingungen ist in den letzten Jahren in den Hintergrund gerückt – viel mehr beschäftigen unseren Kanton die Vorgänge bei der Arbeitsmarktkontrolle. Es gab unzählige Medienberichte über die Problematik, dass die Kontrollen vom Kanton an einen Verein ausgelagert wurden, der diese wiederum weiter an eine Tochterfirma der Wirtschaftskammer ausgelagert hat. Die Finanzströme blieben unklar. Unter anderem auf Druck der SP legte die Regierung eine Gesetzesrevision vor. Damit soll das eigentliche Ziel wieder verfolgt werden können: der Schutz der Anstellungsbedingungen auf den Baustellen. Die SP begrüsst diese Revision im Grundsatz, bürgerliche Parteien und die Sozialpartner lehnten diese aber zunächst vehement ab.

In der Folge haben wir in der Kommission 15 Sitzungen damit verbracht, einen Kompromiss zu finden. Das ist uns gelungen. Die vorliegende Lösung ist gut: 1. Der Kanton kann den Sozialpartnern den Auftrag entziehen, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Das ist heute nicht möglich. 2. Der Kanton handelt mit den Sozialpartnern aus, welche Leistungen erbracht werden sollen: Anzahl Kontrollen, Präventionstätigkeiten und so weiter. Daraus ergibt sich die finanzielle Abgeltung. Heute ist es tatsächlich umgekehrt! 3. Es wird regelmässig evaluiert, ob die Kontrolltätigkeit funktioniert. Aus diesem externen Bericht ergibt sich dann, wie viel Geld an welchem Ort in Zukunft eingesetzt wird.

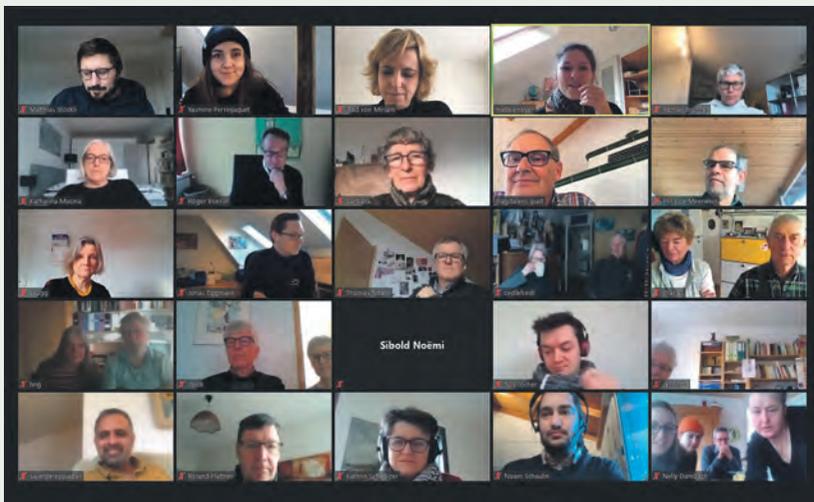
Diese beiden neuen Gesetze sind nicht perfekt und entsprechen auch nicht 1:1 unserer ursprünglichen Position. Aber sie stellen eine deutliche Verbesserung der heute unhaltbaren Situation dar. Der Landrat hat die Vorlagen mit 71:18 Stimmen genehmigt.

Dagegen waren einzig die Grünen/EVP, welche sich leider nicht an der Aushandlung des Kompromisses beteiligt haben. Weil daher das 4/5-Mehr verfehlt wurde, kommen die Gesetze am 7. März zur Abstimmung. Die SP-Fraktion empfiehlt, den Verbesserungen zuzustimmen.

Adil Koller, Landrat



Dreikönigstreffen



Am 10. Januar ist die SP Baselland mit dem Dreikönigstreffen gemeinsam ins neue Jahr gestartet. Über hundert Genossinnen und Genossen sassen am Sonntagmorgen bei sich zuhause vor dem Computer, um Peter Schmid und Mattea Meyer zuzuhören. Und das Aufstehen hat sich gelohnt. In einem stündigen Gespräch beantwortete Mattea Fragen zu ihrer Biografie und dazu, was sie über die sozialdemokratische Bewegung und ihren aktuellen Zustand denkt. So durften wir unter anderem erfahren, dass Mattea bereits als Kind ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden hatte. Diese frühe Prägung zusammen mit der Überzeugung, dass man die Ungerechtigkeiten dieser Welt nicht einfach hinnehmen muss, hat Mattea zu dem politisch denkenden Menschen gemacht, der sie heute ist.

Danach gefragt, was sie sich für die politische Schweiz wünscht, antwortete Mattea: Klimaschutzmassnahmen, die die Erreichung der Pariser Klimaziele garantieren, eine echte Gleichstellung der Geschlechter und dass Menschen nicht mehr nach ihrem Pass beurteilt werden. Wünsche, die wir mit Mattea teilen und für welche es sich lohnt gemeinsam zu kämpfen, damit sie in Zukunft Realität werden!

Das Sekretariat

ZUSÄTZLICHE STELLE AUF DEM SEKRETARIAT

Liebe Genossinnen und Genossen

Anfang Februar nehme ich meine Arbeit als Parteisekretär der SP Baselland auf. Während der letzten zwei Jahre durfte ich die Parteiarbeit zunächst als Praktikant und später als Campaigner der SP Basel-Stadt kennenlernen. Kennengelernt habe ich gerade in letzterer Funktion auch einige von euch. Dass so viele Baselbieter Genoss*innen die städtische Basiskampagne unterstützt haben, war beeindruckend. Mit grosser Motivation gehe ich daher meine neue Aufgabe an.



In erster Linie werde ich für die Betreuung der sozialen Medien zuständig sein. Darauf freue ich mich sehr, bedeutet es doch, dass wir uns schon bald in einem regen Austausch befinden werden. Gerade in der momentanen Situation können Facebook und Co. äusserst hilfreich sein, da sie uns ermöglichen, stets in Kontakt zu bleiben.

Ich selbst bin im Stadtkanton Mitglied der SP und Juso. An der Universität Basel studiere ich Politikwissenschaft und Philosophie. Zudem engagiere ich mich ehrenamtlich für das Polyfon Festival auf dem Kasernenareal.

Wahrscheinlich bin ich nicht der Einzige, der darauf hofft, dass wir in nicht allzu ferner Zukunft auch wieder persönlich-physisch miteinander politisieren können.

Es wünscht gute Gesundheit und grüsst solidarisch
Pedro Schön



Hans-Peter Wessels, Vorsteher Bau- und Verkehrsdepartement
2009 – 2021.



Christoph Brutschin, Vorsteher Departement für Wirtschaft, Soziales
und Umwelt 2009 – 2021.

Vielen Dank für zwölf intensive Jahre!

Mit dem Ausscheiden von Christoph Brutschin und Hans-Peter Wessels aus der Regierung geht eine Ära zu Ende. Unsere Würdigung ihrer Arbeit über zwölf sehr erfolgreiche Jahre muss sich hier auf einige besondere Punkte beschränken.

Wahrscheinlich die grösste Herausforderung stellte sich unserem Wirtschaftsdirektor Christoph zu Ende seiner Amtszeit. Er hat uns gezeigt, dass er in der Krise zur Höchstform aufläuft. Auch dank ihm konnte Basel-Stadt Betroffenen so schnell helfen wie kaum ein anderer Kanton in der Schweiz. Christoph hat einen klaren politischen Kompass: Die Menschen brauchen Arbeit, die fair entlohnt ist, und das Sozialwesen muss ausgebaut sein, für diejenigen, welche sonst durch die Maschen fallen. Um dieses zu finanzieren,

braucht es eine funktionierende Wirtschaft und eine faire progressive Besteuerung. Zuletzt nochmals stark zum Tragen kam dieser Kompass beim Gegenvorschlag zum Mindestlohn, den er entscheidend geprägt hat.

Hampe, bekannt für seine fröhliche und humorvolle Art, hat in seinen Jahren die Stadtentwicklung in all ihren Facetten vorangetrieben. Basel verdankt seiner Arbeit eine hohe Lebensqualität, einen starken öffentlichen Verkehr und das Vorantreiben von Wohnungsbau bei Arealentwicklungen. Auch die autofreie Innenstadt konnte in seiner Amtszeit verwirklicht werden. Hampe wurde von der Rechten und medial in diesen Jahren stark unter Beschuss genommen. Das war nicht immer einfach. Aber er hat auf beeindruckende Art Ruhe bewahrt und sich

gewehrt, besonders dann, wenn es um Fremdenfeindlichkeit ging. Da kennt er keinen Spass. Jemand hat einmal gesagt, seine Arbeit werde erst richtig eingeschätzt, wenn er einmal nicht mehr im Amt sei. Das mag sein, weil er viele nachhaltige Projekte angestossen hat. Wer genau hinschaut, kann das aber bereits heute erkennen.

Lieber Christoph, lieber Hampe, wir danken euch für zwölf intensive Jahre im Einsatz für unsere Partei und die Bevölkerung. Wir wünschen euch alles Gute bei euren neuen Projekten, z.B. bei Velotouren oder Fussballreisen in England. Oder wo es euch sonst noch hintreibt!

*Euer Präsidium
Pascal, Melanie und Beda*

AGENDA SP BS

- Samstag, 6. Februar
Bildungsmorgen zum Thema
Care Ökonomie
Online, Teilnahmelink über die Agenda der Homepage
- Sonntag, 7. Februar
50 Jahre Frauenstimmrecht: Bildungsmodul der SP Frauen* BS und BL
Online, Teilnahmelink über die Agenda der Homepage
- Dienstag, 9. Februar 2021
Delegiertenversammlung
Online, Teilnahmelink folgt per Mail an Delegierte, Gäste können den Stream auf YouTube verfolgen
- Sonntag, 7. März 2021
Abstimmungssonntag

JETZT BEWERBEN FÜR SCHULRÄTE UND SCHULKOMMISSIONEN!

Im August 2021 beginnt eine neue vierjährige Amtszeit für die Mitglieder von Schulräten und Schulkommissionen im Kanton. Das Präsidium der Sachgruppe Bildung der SP hat die Aufgabe, die Vertretungen der SP in diesen Gremien zu nominieren, welche anschliessend vom Regierungsrat gewählt werden.

Magst du dich in einer Schulkommission engagieren?

Dann melde dich bis am 12. Februar mit den wichtigsten Angaben zu deiner Person, der Begründung deiner Motivation und der Angabe, welche Schule zu dir passt per Mail bei julia.baumgartner@sp-bs.ch.

Magst du dich als Schulrätin oder Schulrat engagieren?

Dann melde dich bis am 12. Februar mit den wichtigsten Angaben zu deiner Person und vor allem mit der Begründung deiner Motivation per Mail bei julia.baumgartner@sp-bs.ch.

Wir bitten auch alle Bisherigen uns zu melden, ob sie ihr Mandat weiterführen möchten oder nicht.

Weitere Informationen findest du unter <https://soz.li/bildung-bs/>

AUS DEM GROSSEN RAT

Mindestlohn jetzt – erster Schritt gemacht!

An seiner letzten Sitzung hat der Grosse Rat mit einer klaren Mehrheit Ja gesagt zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Der in der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK) ausgehandelte Kompromiss hatte Bestand und wird als Gegenvorschlag der Mindestlohn-Initiative gegenübergestellt. Dies ist beachtlich. Auch Politiker*innen von CVP, FDP und SVP haben einen kantonalen Mindestlohn unterstützt. Der Gegenvorschlag führt berechtigterweise auch zu Kritik. Denn er beinhaltet schmerzhaft Punkte. So ist die geforderte Mindestlohnhöhe von 21 Franken aus Sicht der SP-Fraktion grundsätzlich zu tief. Was in diesem Zusammenhang wichtig ist: Teil des Gegenvorschlags und des Kompromisses in der WAK ist, dass die Anpassung



Beda Baumgartner,
Mitglied der WAK

des Mindestlohnes über den Misch-Index passiert: Arbeitnehmende profitieren so vom Wirtschaftswachstum. Negativ wiederum ist die Ausnahme von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen und Normalarbeitsverträgen, was ein enormes Zugeständnis von unserer Seite darstellt.

18 000 profitieren ganz konkret

Dennoch ist das Fazit ein positives: Für die SP-Fraktion ist es zentral, dass ein Mindestlohn in Basel-Stadt eingeführt wird. Wir verbessern damit die Situation von circa 18 000 Arbeitnehmenden ganz konkret. Und wir senden ein positives Signal aus und setzen einen Standard, der grossen Einfluss darauf haben kann, wie Arbeit in Basel in den nächsten Jahren bezahlt wird.

Der Gegenvorschlag der WAK ist also nicht das Wunschscenario. Aber er erhöht die Chance eines kantonalen Mindestlohnes. Und er zeigt, wie viel Druck die Mindestlohn-Initiative und die Aktivist*innen entwickeln konnten und können. Der Wunsch nach fairen Löhnen in Basel ist gross. Leider hat das Parlament die Mindestlohn-Initiative nicht zur Annahme empfohlen. Über das weitere Vorgehen bei der Initiative wird das Initiativ-Komitee beschliessen. Mit dem Gegenvorschlag wurde der erste Schritt hin zu gerechteren Löhnen gemacht. Der zweite muss an der Urne durch die Bevölkerung folgen.

Damit Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton überhaupt im Jahr 2021 einen Mindestlohn einführt.

AUS DEM LANDRAT

Ein nachhaltiges Impulsprogramm für die Wirtschaft nach Corona

Im Baselbieter Landrat wird derzeit die Bewältigung der Corona-Pandemie anhand unterschiedlichster Vorstösse diskutiert. Uns Landrätinnen und Landräten der SP sind dabei Härtefallregelungen wichtig, welche die Nöte der Menschen, die keine Lobby haben, lindern. Dazu gehören zum Beispiel die Kulturschaffenden, kleine Läden, die Nischen abdecken, oder auch selbständige Gastronomen und Gastronominnen. So wurde auf Initiative der SP die Drittels-Lösung für Geschäftsmieten nach dem Basler Modell angenommen.

Viel zu kurz kommt aber die Frage, was wir aus der Krise lernen und wie wir uns für eine Zukunft nach Corona rüsten. Es kann nicht das Ziel sein, so rasch wie möglich zur Normalität zurückzukehren. Oder wie es Emma-



Thomas Noack, Landrat SP BL

nuel Rahm, erster Stabschef von US-Präsident Barack Obama, angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 ausgedrückt hat: «Man sollte eine schwere Krise nicht verschwenden. Es ist die Gelegenheit, Dinge zu tun, die vorher nicht möglich waren.»

Die Bewältigung der Krise muss auch zu einem Umdenken in der lokalen Wirtschaft führen. Als kritischer Wirtschaftsfaktor in der Coronakrise hat sich die starke Abhängigkeit von der globalen Arbeitsteilung und den globalen Lieferketten herausgestellt. Hier braucht es ein Umdenken hin zu einer kleinräumigeren, breit abgestützten Wirtschaft mit vermehrter lokaler Produktion, die auch mit einer besseren lokalen Wertschöpfung einhergeht. Zudem muss nun endlich der Klimaschutz

als wirtschaftliche Chance genutzt werden. Klima und Umweltschutz sind die Treiber für eine nachhaltige Wirtschaft und zukunftsfähige Jobs.

Deshalb fordern wir mit einem Vorstoss den Regierungsrat auf, ein Impulsprogramm auszuarbeiten. Es muss weit über die Härtefallmassnahmen, die oftmals lediglich dem Strukturerehalt dienen, hinausgehen und soll gezielt innovative Technologien und Betriebe im Bereich des Klimaschutzes, der erneuerbaren Energien und zukunftsorientierten Mobilitätsdienstleistungen fördern. Zudem soll es auf eine konsequente Ausrichtung der lokalen Wirtschaft auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung abzielen und die lokale Produktion und Wertschöpfung in der Region unterstützen.